

## Zum 20. Mal: Die Welt sagt NEIN zur Blockade

Zum zwanzigsten Mal in Folge hat die UN-Vollversammlung in New York einer von Kuba vorgelegten Resolution gegen die seit einem halben Jahrhundert von den USA gegen die Insel aufrechterhaltenen Blockade zugestimmt. 186 Länder votierten für die Verurteilung, nur die USA und Israel stimmten für deren Aufrechterhaltung. Es gab drei Enthaltungen von Mikronesien, Palau und den Marshall-Inseln. Libyen und Schweden beteiligten sich nicht an der Abstimmung. In der Debatte hatten sich zuvor Staatenbünde wie die Karibikgemeinschaft CARICOM oder die Bewegung der Nichtpaktgebundenen an die Seite Kubas gestellt.

Venezuelas UN-Botschafter Jorge Valero forderte nicht nur die Aufhebung der verbrecherischen Blockade, sondern auch die Freilassung der noch vier Kubaner, die in US-Gefängnissen einsitzen, weil sie ultrarechte Gruppen in Miami unterwandert hatten, um Anschläge gegen Kuba zu verhindern. Ausserdem müsse dem vor einigen Tagen freigelassenen René González die Rückkehr in seine kubanische Heimat erlaubt werden. Valero erinnerte daran, dass zugleich geständige Terroristen wie Luis Posada Carriles in den USA Straffreiheit geniessen.

Bolivians Vizeausserminister Juan Carlos Alurralde nannte Kuba ein Beispiel für die künftigen Generationen, denn trotz der durch die US-Blockade verursachten Verluste sei es dem Land gelungen, voranzuschreiten und seine Unabhängigkeit zu verteidigen.

Für Kuba wies dessen Außenminister Bruno Rodríguez auf die dramatischen Folgen hin, die das Vorgehen Washingtons gegen sein Land nach wie vor hat, speziell für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Rodríguez wies auch die Behauptung zurück, dass es bei der Blockade um eine Massnahme gegen Menschenrechtsverletzungen in Kuba gehe. Vielmehr seien es die USA, die zum Beispiel ihren Bürgern Reisen auf die Insel verweigern. Der Diplomat erinnerte auch an die von US-Behörden gegen europäische Unternehmen verhängten Strafen, weil diese Handel mit Kuba treiben, sowie an das Vorgehen nordamerikanischer Dienste wie e-bay und PayPal gegen Onlineshops in Deutschlands, damit diese keinen kubanischen Rum mehr verkaufen. Diese Massnahmen würden Kubas Weg jedoch nicht aufhalten: »Mehr Revolution und besseren Sozialismus!«

Der in seiner Rolle kaum zu beneidende US-Botschafter beschwerte sich über die »jährliche Übung« und wiederholte die üblichen Phrasen über Menschenrechtsverletzungen in Kuba, gegen die sich das »Embargo« richte, das nur eines in einer Reihe von Massnahmen seiner Regierung in den Beziehungen zum Nachbarland sei.

*Digital Granma International*  
Dienstag, 25. Oktober 2011, <http://www.cubafreundschaft.de/>